

LINK TO EUROPE

Europabüro der Metropolregion
FrankfurtRheinMain

Poststraße 16
60329 Frankfurt am Main
☎ +49 69 2577 1538
✉ europa@region-frankfurt.de
www.europabuero-frm.de ↗

22.04.2026

INHALTSVERZEICHNIS



Aktuelles aus der EU	2
Ergebnisse der EU-Konsultation zum Vergaberecht	2
Kommunale Belange und regionale Entwicklung	2
Bewerbungsphase für Europäische Woche der Regionen und Städte	2
Energie, Klima und Umwelt	3
Anmeldung für European Sustainable Energy Week geöffnet	3
Neue Leitlinien zur Umsetzung der Vogelschutzrichtlinie	4
Strategie zur Bekämpfung der zunehmenden Waldbrandgefahr	4
Weitere Aufrufe, Ausschreibungen und Themen	5
Vereinigtes Königreich nimmt wieder an Erasmus+ teil	5
Festival zum Neuen Europäischen Bauhaus in Brüssel	6
Folgen Sie uns auf LinkedIn	7



Aktuelles aus der EU

Ergebnisse der EU-Konsultation zum Vergaberecht

Die Europäische Kommission hat am 27. März 2026 eine Zusammenfassung der Ergebnisse der Konsultation zur Revision der Verordnung zur Vergabe öffentlicher Aufträge veröffentlicht.

Insgesamt sind 1036 Rückmeldungen eingegangen. Fast die Hälfte der Rückmeldungen kamen aus der Wirtschaft (491), weitere Rückmeldungen kamen aus öffentlichen Behörden (139), von Gewerkschaften (115), Nichtregierungsorganisationen (106), Bürgerinnen und Bürgern (85) sowie weitere Beiträge z. B. von Forschungseinrichtungen.

Als die drei wichtigsten Maßnahmen zur Steigerung von Effizienz und Transparenz sahen die Rückmeldungen eine Abkehr vom Grundsatz des niedrigsten Preises, flexiblere Beschaffungsregeln und weniger Verwaltungsaufwand durch vollständige Digitalisierung. Öffentliche Behörden setzten Flexibilität an erste Stelle und bevorzugten weniger detaillierte Regeln. Allgemein wurden Qualität über Preis, grüne Beschaffung und innovative Lösungen bevorzugt.

Zur Frage der strategischen Beschaffung sprachen sich die meisten Befragtengruppen für die Bevorzugung der europäischen Industrie in kritischen Sektoren aus, während eine allgemeine Bevorzugung der europäischen Industrie an zweiter Stelle rangierte. Öffentliche Stellen hingegen stuften Flexibilität als oberste Priorität ein, gefolgt von der Vermeidung administrativer Belastungen; an dritter Stelle standen die Bevorzugung der europäischen Industrie in kritischen Sektoren sowie weniger detaillierte Regeln.

Der Ergebnisbericht der EU-Kommission und Statistiken zu den Rückmeldungen sind auf der [Konsultationswebseite](#) einzusehen.

Das Europabüro hatte sich ebenfalls an der Konsultation beteiligt und zudem im Vorfeld eine [Stellungnahme](#) eingereicht.

Voraussichtlich im Sommer 2026 wird die Europäische Kommission die Verordnungsvorschläge zur Revision des Vergaberechts vorlegen.

Kommunale Belange und regionale Entwicklung

Bewerbungsphase für Europäische Woche der Regionen und Städte

Vom 12. bis 14. Oktober 2026 findet die [Europäische Woche der Regionen und Städte](#) unter dem Motto „Starke Regionen, starkes Europa“ in Brüssel statt. Bis zum 26. April 2026 können sich Interessierte u. a. für die Ausrichtung einer Podiumsdiskussion, eines Workshops oder für die Teilnahme mit einem Informationsstand bewerben.



Ferner können u. a. Kommunen und Regionen zum 17. Juli 2026 einen Beitrag im Rahmen des Programms „EURegionsWeek close to you“ einreichen. Die Veranstaltungen hierzu können vom 12. Oktober bis zum 20. Dezember 2026 in Kommunen über ganz Europa verteilt vor Ort, hybrid oder digital stattfinden. Die Veranstaltungen werden über die [EURegionsWeek-Webseite](#) beworben.

Die Europäische Woche der Regionen und Städte wird vom Europäischen Ausschuss der Regionen und der Generaldirektion für Regional- und Städtepolitik der Europäischen Kommission gemeinsam ausgerichtet und ist die größte europaweite Konferenz zur Kohäsionspolitik. In diesem Jahr stehen die unterschiedlichen geopolitischen, demografischen und wirtschaftlichen Herausforderungen, wie z. B. der Fachkräftemangel der europäischen Regionen, im Vordergrund.

Weitere Informationen sind dem virtuellen [Veranstaltungsleitfaden](#) (auf Englisch) zu entnehmen.

Die Registrierung als Teilnehmende der Woche der Regionen und Städte beginnt voraussichtlich im Sommer.

Energie, Klima und Umwelt

Anmeldung für European Sustainable Energy Week geöffnet

Die Europäische Woche für nachhaltige Energie (EUSEW) findet vom 9. bis zum 11. Juni 2026 in Brüssel sowie online (hybrides Format) statt (vgl. [Europa Info 02/2026](#), S. 7-8). Das Programm ist nun auf der [Veranstaltungswebseite](#) sowie als [PDF-Dokument](#) einsehbar.

Am 9. Juni 2026 um 11:30 Uhr findet eine hochrangige Podiumsdiskussion u. a. mit den ehemaligen EU-Kommissaren Andris Piebalgs, Günther Oettinger, Miguel Arias Cañete und Kadri Simson gemeinsam mit dem EU-Kommissar für Energie und Wohnen, Dan Jørgensen, statt. Die Podiumsdiskussion mit dem Titel „Powering Change: 20 Years of European Clean Energy Transition“ befasst sich mit der Frage, wie sich die energiepolitischen Prioritäten Europas entwickelt haben und wie es in einem sich wandelnden geopolitischen und wirtschaftlichen Umfeld weitergehen wird.

Die Anmeldung ist nun auf dieser [Webseite](#) möglich. Dazu ist es erforderlich, ein Profil auf der EUSEW-interactive-Webseite anzulegen. Für eine Vor-Ort-Teilnahme muss für den Zugang zu den Veranstaltungsorten im Charlemagne-Gebäude der Europäischen Kommission sowie im NH Brussels EU Berlaymont Hotel die Personalausweisnummer hinterlegt werden.

Weitere Informationen zur diesjährigen und zu den vergangenen Ausgaben der EUSEW stehen auf der [Veranstaltungswebseite](#) zur Verfügung.

Neue Leitlinien zur Umsetzung der Vogelschutzrichtlinie

Die Europäische Kommission hat am 31. März 2026 neue [Leitlinien](#) (aktuell nur in englischer Sprache) für die Umsetzung der [Vogelschutzrichtlinie](#) veröffentlicht.

Die neuen Leitlinien präzisieren bestehende Flexibilitätsregelungen. Außerdem geben sie praktische Beispiele, die den nationalen Behörden und Interessenträgern dabei helfen sollen, den Verwaltungsaufwand zu verringern und Fehlinterpretationen zu vermeiden, die die Genehmigung wichtiger Infrastrukturprojekte verzögern könnten. Das soll dazu beitragen, dass die Vogelschutzrichtlinie in den EU-Mitgliedstaaten pragmatisch und verhältnismäßig umgesetzt wird und gleichzeitig die wild lebenden Vogelarten in Europa geschützt werden. Durch die Festlegung klarer und standardisierter Maßnahmen für wiederkehrende Tätigkeiten, z. B. in der Forstwirtschaft, soll zu einer einheitlicheren Umsetzung der Vorschriften in der gesamten EU beigetragen werden.

Die vorgelegten Leitlinien betreffen die Artikel 5 und 9 der Vogelschutzrichtlinie. Artikel 5 verbietet das absichtliche Töten von Vögeln und die Zerstörung ihrer Nester und Eier sowie erhebliche Störungen von Vögeln. Artikel 9 beinhaltet streng kontrollierte Ausnahmeregelungen, z. B. zur Abwendung erheblicher Schäden an Kulturen oder Fischereigeieten oder zum Schutz der öffentlichen Sicherheit. Dazu gehört beispielsweise Klarheit über die Anwendung von Ausnahmeregelungen für Zugrouten, die es den EU-Mitgliedstaaten ermöglichen sollen, die Maßnahmen entlang wiederkehrender Zugrouten besser zu koordinieren, da sich viele Vogelpopulationen über Grenzen hinweg bewegen.

Zudem enthalten die Leitlinien zwei Anhänge, die sich auf die Nonnengans und den Kormoran beziehen. Die Populationen dieser Vogelarten haben sich in den letzten Jahren erheblich vergrößert und zu Konflikten mit wirtschaftlichen Tätigkeiten wie Landwirtschaft und Fischerei geführt.

Weitere Informationen können den [Leitlinien zum allgemeinen System zum Schutz von Vogelarten](#) sowie der Kommissions-Webseite zur [Vogelschutzrichtlinie](#) entnommen werden.

Hintergrund

Die Vogelschutzrichtlinie wurde 1979 verabschiedet und schützt alle wild lebenden Vogelarten und ihre Lebensräume in der gesamten EU. Die Leitlinien sollen mehr Klarheit in Bezug auf die wichtigsten Bestimmungen der Vogelschutzrichtlinie bieten. Sie ersetzen, ergänzen oder ändern jedoch nicht die Bestimmungen der Richtlinie. Die Leitlinien sind nicht rechtlich bindend. Sie werden in alle Amtssprachen der EU übersetzt, bevor sie förmlich angenommen werden.

Strategie zur Bekämpfung der zunehmenden Waldbrandgefahr

Angesichts der zunehmenden Waldbrandgefahr in der EU hat die Europäische Kommission am 25. März 2026 ein neues integriertes [Konzept für das Waldbrandrisikomanagement](#) veröffentlicht. Dieses legt im Einklang mit der [EU-Strategie für eine Union der Krisenvorsorge](#) Orientierungshilfen vor, wie die Bereiche Prävention, Vorsorge, Bewältigungsmaßnahmen und Wiederherstellung bei Waldbränden verbessert werden können. Zudem enthält die neue Strategie Beispiele und Empfehlungen für die Umsetzung durch nationale und regionale Behörden und andere Interessenträger.



Die Kommission legt den Schwerpunkt vor allem auf die Prävention und schlägt daher vor, ihre Unterstützung für ökosystembasierte Maßnahmen für die Waldbrandprävention zu verstärken. Ziel ist es, Landschaften mit verringerter Brandgefahr zu schaffen und sowohl das Waldbrandrisiko als auch die Auswirkungen der Brände durch Naturschutz und Renaturierung zu mindern.

Zu den vorgeschlagenen Maßnahmen zählt die Vorabstationierung von Feuerwehrleuten in Risikogebieten und die Förderung des Austauschs von Brandbekämpfungsexperten. Die Europäische Kommission möchte das Europäische Waldbrandinformationssystem ausbauen, um die Frühwarn- und Brandüberwachungsinstrumente zu verbessern. Dazu sollen Fast-Echtzeit-Daten sowohl von internationalen Partneragenturen der EU im Weltraumbereich als auch von EU-eigenen Satelliten leichter zugänglich gemacht werden. Auf gesamteuropäischer Ebene soll die Entwicklung neuer Fähigkeiten für ein standardisiertes Modell zur Risikobewertung vorangetrieben werden, um die EU-Mitgliedstaaten bei der Priorisierung von Präventionsmaßnahmen zu unterstützen. Darüber hinaus wird die rescEU-Flotte um zwölf Löschflugzeuge und fünf Hubschrauber erweitert. Zudem arbeitet die Europäische Kommission an der Einrichtung eines Europäischen Brandbekämpfungszentrums in Zypern, das als regionales Zentrum für Ausbildung, Übungen und Bereitschaft in der Waldbrandsaison dienen soll.

Die ebenfalls neu veröffentlichten [Leitlinien zur Anpassung von Natura-2000-Gebieten an den Klimawandel](#) (in englischer Sprache) zeigen auf, wie eine resilienzfördernde Landschaftsplanung und Maßnahmen zur Verringerung des Waldbrandrisikos im Einklang mit den für Natura 2000-Gebiete festgelegten Erhaltungszielen unterstützt werden können.

Weitere Informationen zum Thema können dieser [Webseite](#) entnommen werden.

Weitere Aufrufe, Ausschreibungen und Themen

Vereinigtes Königreich nimmt wieder an Erasmus+ teil

Das Vereinigte Königreich hat am 15. April 2026 in Brüssel eine [Assoziierung mit dem EU-Programm Erasmus+ unterzeichnet](#). Ab 2027 nimmt das Land wieder vollumfänglich an allen Erasmus-Bildungsbereichen teil, von Schulen über berufliche Bildung und Hochschulen bis zu Jugend, Erwachsenenbildung und Sport. Die Vereinbarung gilt derzeit für ein Jahr. Ob das Vereinigte Königreich auch an der nächsten Programmgeneration von Erasmus+ in der neuen Förderperiode 2028 – 2034 teilnehmen wird, muss zu einem späteren Zeitpunkt vereinbart werden.

Nach dem Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union im Jahr 2020 verließ dieses auch das Erasmus+-Programm. Mit der nun beschlossenen Assoziierung wird dieser Schritt revidiert. Durch die Assoziierung des Vereinigten Königreichs mit Erasmus+ werden Lernende, Personal, Bildungseinrichtungen und -organisationen im Vereinigten Königreich auf die gleiche Stufe gestellt wie diejenigen in EU-Mitgliedstaaten und anderen mit dem Programm assoziierten Drittländern.

Im Fokus der erneuerten gemeinsamen Agenda der EU und des Vereinigten Königreichs steht der Austausch zwischen Menschen und die Stärkung der Zusammenarbeit. So soll tausenden von Studierenden, Lehrkräften und jungen Menschen mit unterschiedlichem Hintergrund ermöglicht werden, im Ausland zu studieren, zu



unterrichten oder eine Ausbildung zu absolvieren. Ebenfalls soll das Abkommen dazu beitragen, Partnerschaften zwischen akademischen Einrichtungen der EU und des Vereinigten Königreichs zu schaffen und zu vertiefen.

Neben dem Vereinigten Königreich wird auch das Nicht-EU-Mitglied Schweiz am 1. Januar 2027 dem Erasmus+-Programm beitreten.

Weitere Informationen finden sich u. a. in der [Pressemitteilung des DAAD](#).

Festival zum Neuen Europäischen Bauhaus in Brüssel

Als Teil der Initiative [Neues Europäisches Bauhaus](#) (NEB) findet vom 9. bis zum 13. Juni 2026 das [Bauhaus-Festival](#) in Brüssel statt

Mit dem Festival sollen Akteure aus Wissenschaft, Technologie, Bildung und des bürgerschaftlichen Engagements sowie der Kunst, Kultur und Architektur zusammenkommen.

Die Ausgabe 2026 des NEB-Festivals fokussiert sich auf das Thema demokratische Teilhabe. Es soll gezeigt werden, wie Bürgerinnen und Bürger ihre Gemeinschaften mitgestalten können. Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf Projekten und Initiativen für bezahlbaren Wohnraum als Grundlage starker, inklusiver Gesellschaften. Im Rahmen des NEB werden auch die Preise des Neuen Europäischen Bauhauses und des neuen „New European Bauhaus Boost for Small Municipalities“ vorgestellt. Letzterer prämiert Projekte in kleinen Städten und Gemeinden (vgl. [Europa Info 2/2026](#), S. 5).

Über die [NEB-Webseite](#) können Interessierte das Programm abrufen und sich anmelden.

Hintergrund

Das „Neue Europäische Bauhaus“ soll Anliegen wie Ressourceneffizienz, Kreislaufwirtschaft und Nachhaltigkeit in und durch Stadtentwicklung, Architektur, Design und Kultur fördern. Ziel ist es, im kreativen und interdisziplinären Austausch hierzu neue und innovative Ansätze zu entwickeln bzw. zu verbreiten.



Folgen Sie uns auf LinkedIn

Wir sind auf LinkedIn aktiv, um Sie noch schneller zu informieren und zu kommunalrelevanten Themen, Akteuren, Förderaufrufen oder EU-Gesetzgebungsverfahren auf dem aktuellsten Stand zu halten. LinkedIn ist das größte berufliche Soziale Netzwerk weltweit. Bleiben Sie ganz unkompliziert in Kontakt mit dem Europabüro der Metropolregion FrankfurtRheinMain, indem Sie unserer Seite [Europabüro Metropolregion FrankfurtRheinMain](#) folgen.



Europabüro Metropolregion FrankfurtRheinMain

Wir vertreten die Interessen der Metropolregion FrankfurtRheinMain & gestalten die Förderkulisse in Brüssel aktiv mit.

Regierungsverwaltung · Frankfurt, Hesse · 65 Follower:innen · 2-10 Beschäftigte



Jetzt anmelden: Infotage EU-LIFE-Programm

Die Europäische Exekutivagentur für Klima, Infrastruktur und Umwelt (CINEA - [European Climate, Infrastructure and Environment Executive Agency](#)) organisiert vom 28. bis zu 30. April Online-Infotage (in Englisch) zu aktuellen Förderaufrufen im EU-Programm LIFE 2026. LIFE ist das EU-Förderprogramm für Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen.

Die Infotage bieten eine Übersicht über die LIFE-Unterprogramme, die Prioritäten der Förderaufrufe und geben praktische Tipps für eine erfolgreiche Antragstellung. Während der Veranstaltung können die Teilnehmenden ihre Fragen per Slido stellen.

Die Veranstaltung behandelt wichtige Themen wie Kreislaufwirtschaft, Energiewende, Biodiversität und Klimawandel.

➔ Weitere Informationen unter <https://lnkd.in/e3bs2D4y>

📅 Anmeldung zu de Infotagen ist möglich unter <https://lnkd.in/d4dVHhJT>

📅 28. April 2026, 09:00 Uhr – 30. April 2026, 12:30 Uhr

#EULIFE26 #LIFEProjects



1 Repost

👍 Gefällt mir 💬 Kommentieren 🔄 Reposten